



Die Flüchtlingskoordination des Landes weist massive Schwachstellen auf – und das bereits seit mehr als zehn Jahren. Foto: Mader

Alte Mängel blieben, neue kamen hinzu

Ständige Herausforderungen und die Arbeitsbelastung erschwerten organisatorische Anpassungen in der Flüchtlingskoordination.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Seit 2006 waren der Politik die Schwachstellen in der Flüchtlingskoordination des Landes bekannt, aber erst Mitte des Vorjahres hat die schwarz-grüne Landesregierung mit einer Neuorganisation reagiert. Wobei Sozial-LR Christine Baur (Grüne) die jetzt vom Landesrechnungshof (LRH) massiv kritisierten intransparenten Personalentscheidungen bei den nicht beim Land angestellten Flüchtlingsbetreuern bereits im August 2013 abgestellt hat. Auf ihre Anweisung hin „werden HeimleiterInnen- und BetreuerInnenstellen für die Flüchtlingsheime seit August 2013 öffentlich ausgeschrieben“, wie der LRH ausführt.

Die Personalsuche und -auswahl erfolgte durch den Fachbereich Flüchtlingskoordination des Landes. „Der Personalbeschaffungsprozess im Fachbereich Flüchtlingskoordination war für den LRH anhand der Personalakten (...) nur in wenigen Fällen nachvollziehbar. Diese Akten enthalten nur in Ausnahmefällen Ausschreibungs- und Bewerbungsunterlagen“, wird die Flüchtlingskoordination heftig kritisiert. Die rund 40 Flüchtlingsbetreuer wiesen im Vorjahr vier verschiedene Beschäftigungsverhältnisse auf, die meisten waren Angestellte des Tiroler Beschäft-

tigungsvereins. In der neuen „Soziale Dienste GmbH“ werden jetzt die Personalagenden zusammengeführt.

Als konzeptlos bezeichnet der LRH den Fuhrpark der Flüchtlingsbetreuung und die Anschaffung der Autos. Die derzeitige Vorgangsweise wird „als Flucht aus dem vom Tiroler Landtag beschlossenen Kraftfahrzeugplan“ bewertet. Ohne dass die alten Schwachstellen ausgemerzt wurden, stellt der LRH fest, „dass im Personalbereich, im Vergabebereich und im Fuhrparkmanagement gravierende Mängel bestehen“.

Dem Team der Flüchtlingskoordination selbst bescheinigt der Rechnungshof allerdings großes Engagement in der Bewältigung der strukturellen und sozialen Herausforderungen. Schließlich hatten sie nicht nur den monatelangen Ausfall des Leiters der Flüchtlingskoordination in den vergangenen beiden Jahren zu kompensieren, sondern mit der Gründung der neuen Gesellschaft auch eine unklare Zukunftssituation zu bewältigen. Die Arbeitsbelastung wie steigende Anzahl von Asylwerbern, Schaffung neuer und Verbesserung bestehender Betreuungseinrichtungen hat laut Landesrechnungshof durchgehende organisatorische Anpassungen in den internen Abläufen erschwert.

Ötz- und Pitztaler Gletscher wollen sich verbinden

Das Projekt „Brückenschlag“ über die Kalkkögel bleibt für die ÖVP-Spitze tabu. Bessere Chancen haben die Ötz- und Pitztaler.

Von Anita Heubacher

Innsbruck – Es soll das größte Gletscherskigebiet Europas, wenn nicht sogar der Welt werden – Letzteres auf jeden Fall im Marketing-Sprech. Der Zusammenschluss des Ötz- und Pitztaler Gletschers nimmt Gestalt an. Vertreten durch den Söldner Bergbahnen-Chef Jakob Falkner und dem Chef der Pitztaler Gletscherbahnen, Hans Rubatscher, hat der Zusammenschluss zwei gewichtige Protagonisten. Wie das Vorhaben genau aussieht, wolle man in den nächsten Tagen präsentieren, sagt Falkner gegenüber der *TT*. Die Landesregierung dürfte die Lift- und vor allem auch Pistenpläne bereits kennen.

Dieser Zusammenschluss ist zwar nicht im koalitionsfreien Raum gelandet, im schwarz-grünen Koalitionspapier ist aber lediglich von einer Überspannung der Gletscher die Rede. Lift ja, Piste nein, hatte der grüne Klubobmann Gebi Mair stets betont. „Am Gletscher wird es keine neuen Pisten geben“, gab die grüne Naturschutzlandesrätin Ingrid Felipe zu Protokoll. Eine Sichtweise, die zuerst auch der schwarze Klubobmann Jakob Wolf hatte, dann aber revidierte. Landeshauptmann Günther Platter gilt als Befürworter des Projekts. Und schlussendlich hatten Falkner und Rubatscher erklärt, keinen müden Cent in die Hand nehmen zu wollen, nur um Lifte und keine Pisten zu bauen. Es dürfte eng werden für den Gletscherschutz und die grüne Regierungsmannschaft.

Bei einem anderen Projekt saß die grüne Naturschutzlandesrätin am längeren Ast. Eine Bahn über das Ruhegebiet Kalkkögel hätte Felipe per Verordnung ermöglichen



Die Ötztaler Bergbahnen (Bild oben) wollen ins Pitztal gondeln. Das Projekt liegt auf dem Tisch. Vom Tisch ist für die ÖVP-Spitze der „Brückenschlag“. Innsbrucks Bürgermeisterin Oppitz-Plörer und ihre Amtskollegen aus dem Stubai und dem Mittelgebirge, sowie Unternehmer und Touristiker wollen die Kalkkögel erobern. Fotos: Böhm, ARGE

können. Wollte sie aber nicht. Also wählte die ÖVP den Weg über den Landtag. Dieser ließ den Zusammenschluss von Mutterer Alm, Axamer Lizum, Schlick 2000 und Neustift prüfen. Herzstück des 64 Millionen Euro schweren Projekts wäre eine 3-S-Bahn über das Ruhegebiet Kalkkögel gewesen. Wie berichtet, fielen zwei der sieben Prüfanfragen zum Projekt negativ aus. Eine Novelle des Naturschutzgesetzes, um eine Bahn in einem Ruhegebiet zu ermöglichen, sei verfassungswidrig. Außerdem widerspreche der „Brückenschlag“ der Alpenkonvention. Damit hakte die ÖVP-Parteispitze das Projekt ab. Das sei keine politische, sondern eine rechtliche Frage, erklärten LH Platter und Klubobmann Wolf. Anders sehen es die Projektwerber.

Sie versammelten sich gestern im alten Rathaus in Innsbruck. Trotz zweier negativer Gutachten wolle man den „Brückenschlag“ nicht sterben lassen. Es gebe rechtliche Möglichkeiten, erklärte ARGE-Anwalt Eduard Wallnöfer. Die Alpenkonvention lasse eine Interessensabwägung Naturschutz und öffentliches Interesse zu.

Besonders die ÖVP-Bürgermeister im Mittelgebirge und im Stubaital sind von der eigenen Partei „sehr enttäuscht“, wie der Axamer Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Rudolf Nagl betonte. „Ich möchte noch einmal betonen, dass wir die ganze Vorgangsweise mehrmals mit der ÖVP abgesprochen und akkordiert haben“, erklärte der Neustifter Bürgermeister Peter Schönherr.

„Es ist ein schwieriges, aber für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region wichtiges Projekt“, sagte Innsbrucks Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer.

Neben den Bürgermeistern waren auch Touristiker und Unternehmer aus dem Stubai und Innsbruck zur Pressekonferenz gekommen. Nachmittags ließ die ÖVP noch einmal via Aussendung wissen, „dass wir keine falschen Hoffnungen wecken wollen“. Das Projekt sei rechtlich nicht umsetzbar. ÖVP-Wirtschaftsbundobmann und eben erst wieder gewählter Wirtschaftskammer-Präsident Jürgen Bodenseer will Wege für das Projekt finden. „Wir werden weiter lästig sein“, meinten gestern die „Brückenschlagler“ daher in Richtung ÖVP-Parteilung.

FPÖ wettert gegen Mindestsicherung

Innsbruck – Für die FPÖ ist der Bezieherkreis der Mindestsicherung zu groß. FPÖ-Nationalrat Peter Wurm schätzt, dass die öffentliche Hand rund 1,5 Milliarden Euro jährlich dafür aufwendet. „Das können wir uns nicht mehr leisten.“ Nur noch Österreicher, die nicht arbeitsfä-

hig sind, sollten die Sozialleistung beziehen, fordert Wurm. „Insgesamt beträgt der Anteil der Österreicher ohnehin nur 55 Prozent. Für Bürger aus anderen EU-Staaten soll deshalb das Herkunftslandprinzip gelten.“ Nicht nur Bund und Länder würden mit den Ausgaben bei der Mindest-

sicherung an ihre Grenzen stoßen, sondern auch die Gemeinden.

LA Hildegard Schwaiger (FP) kritisiert den Sozialmissbrauch. „Es kann doch nicht sein, dass sich Nichtstun mehr bezahlt macht als die tägliche Arbeit.“ Das Land müsse sich endlich von der so-

zialen Gießkanne verabschieden. Wie in einigen Schweizer Städten schlägt Schwaiger vor, arbeitsfähige Mindestsicherungsempfänger zum „Arbeitseinsatz zu verpflichten“. Sie geht davon aus, dass sich das dann dämpfend auf die Anzahl der Bezieher auswirken würde. (pni)

Kurzmeldungen

Katze piff auf Hilfe von unten

Söll – Drei Tage lang soll eine Katze in Söll auf einem Baum in 20 Meter Höhe ausgeharrt haben, ehe die Feuerwehr am Sonntag mit der Drehleiter anrückte. Anrainer hatten vergeblich versucht, das Tier vom Baum zu locken. Das Tier schien dann aber auch wenig Freude mit den Rettern zu haben und ergriff beim Anblick der Feuerwehrleute von selbst die Flucht. (TT)



Die Katze wollte nicht gerettet werden und stieg selbst ab. Foto: Zoom-Tirol

Vier Skifahrer von Lawine verschüttet

St. Anton – Vier Mitglieder einer Variantenfahrer-Gruppe wurden am Sonntagmittag bei einem Lawinenabgang am Peischkopf bei St. Christoph verschüttet. Die Skifahrer konnten rasch geborgen werden. Zwei Sportler erlitten leichte Verletzungen, zwei überstanden das Unglück unverletzt. (TT)

Diversion für Feuerwehrobmann

Innsbruck – Weil im Juli ein Besucher an das Zelt einer Zillertaler Feuerwehr urinierte, kam es zur Rauferei mit dem Kommandanten. Schläge gegen diesen brachten gestern Vor- und 720 Euro Geldstrafe. Der Florianijünger bezahlte freiwillig 3500 Euro und freute sich so über eine 700-Euro-Diversion. (fell)

Heißes Fett führte zu Wohnungsbrand

Innsbruck – Eine Wohnung im Innsbrucker Stadtteil Pradl wurde am Sonntagabend bei einem Brand verwüstet. Auslöser war ein Kochtopf mit Fett auf einer eingeschalteten Herdplatte. Die Berufsfeuerwehr löschte die Flammen. Es entstand schwerer Sachschaden, verletzt wurde niemand. (TT)

Polizei stellte mehrere Raser

Innsbruck – Zu schnell, zu betrunken: Ein 18-Jähriger ohne Führerschein wurde am Wochenende am Innsbrucker Südring mit 107 km/h und 1,4 Promille von der Polizei erwischt. Auf der Fernpass-Straße tappte ein Deutscher mit 180 km/h in eine Radarfalle. Bei Pfunds brachte es ein Tscheche auf 145 km/h. (TT)